



## Sozialversicherung: Vorverlegung der Beitragsfälligkeit

Unternehmen müssen durch die Vorverlegung des Zeitpunktes der Beitragsfälligkeit im kommenden Jahr insgesamt 13-mal Sozialversicherungsbeiträge entrichten. Dieser gesetzlichen Regelung hatte der Deutsche Bundestag im Entwurf der Bundesregierung zur Vorverlegung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge bereits zugestimmt und das Vorhaben hat zwischenzeitlich auch den Bundesrat ohne Anrufung des Vermittlungsausschusses passiert. Das Gesetz wird zum 1. Januar 2006 in Kraft treten.

Die Höhe der damit verbundenen zusätzlichen Beitragsbelastung beträgt insgesamt rund 20 Mrd. Euro in 2006. Dies entspricht einer einmaligen Beitragserhöhung in der Sozialversicherung von über 2 Prozent auf dann mehr als 44 Prozent! Von dieser Summe fließen rund 9,6 Mrd. Euro in die gesetzliche Rentenversicherung. Betriebe werden hierdurch mit insgesamt rund 400 Mio. Euro zusätzlich belastet. ik

## Marketing für die Praxis

Immer mehr Ärztinnen und Ärzte setzen auf Marketingmaßnahmen für ihre Praxis. So die Studie „Ärzte im Zukunftsmarkt Gesundheit“ der Stiftung Gesundheit in Zusammenarbeit mit dem Marktforschungsunternehmen GfK. Untersucht wurden die Einstellungen von 8.000 niedergelassenen Ärzten sämtlicher Fachrichtungen zu Internet und Online-Nutzung bis hin zu internetorientiertem Praxismarketing.

Das Internet ist mittlerweile ein wichtiges Repräsentationsmedium: Bereits 63 Prozent der Befragten haben eine eigene Homepage, die Hälfte davon schon seit mehr als vier Jahren. Ein Drittel hält das Internet für eine wichtige Informationsplattform: für Patienten, die Ärzte suchen, und für Ärzte, um Patienten zu gewinnen. 61 Prozent der Ärzte haben sich hierzu in ein oder mehrere Online-Verzeichnisse eintragen lassen.

Primär richten sich die Marketing-Maßnahmen der Ärzte auf Patientenbindung: Die häufigsten Werbemaßnahmen sind Visiten-

karten und im Wartezimmer ausliegendes Werbematerial. Diese Aktivitäten werden sich der Studie zufolge verstärken. Acht Prozent der Praxen haben bereits ein eigenes Marketing-Budget festgelegt, das bis zu 4.000 Euro im Jahr beträgt.

Im Hinblick auf die Kommunikation des Praxisangebotes kristallisieren sich zukünftig folgende Felder heraus: Homepage (58 Prozent), Zusatzinformationen auf dem Praxis-schild (46 Prozent), Einträge in Online-Verzeichnisse (43 Prozent) oder Anzeigen in Branchen-Büchern (41 Prozent). Die Studie steht zum Download zur Verfügung unter: [www.stiftung-Gesundheit.de](http://www.stiftung-Gesundheit.de) ik

## Online: Interaktive Arzneimitteldatenbank

Informationen über in Deutschland zugelassene Medikamente sind ab sofort online abrufbar. Unter [www.aponet.de](http://www.aponet.de) kann man mithilfe einer interaktiven Datenbank Anwendungsgebiete, Gegenanzeigen, Nebenwirkungen und Zusammensetzung von Arzneien recherchieren.

Die kombinierte Datenbank, die im offiziellen Gesundheitsportal der Deutschen ApothekerInnen vorgehalten wird, besteht aus zwei Modulen: Zum einen werden dem Nutzer allgemeine Auskünfte zu Erkrankungen und Symptomen angeboten. Zusätzlich kann neben speziellen Gesundheitsbeschwerden auch nach Arzneimitteln und/oder Wirkstoffen gesucht werden. Bisher umfasst diese Datenbank alle in Deutschland zugelassenen Medikamente für die Indikation Schmerz, Magen-Darm und Erkältung. Sie soll sukzessive ausgebaut werden. Im Augenblick enthält die Medikamentendatenbank mehr als 2.000 Fertig-Arzneimittel.

Die Anbindung an [www.aponet.de](http://www.aponet.de) ermöglicht außerdem, bei über 10.000 Apotheken Medikamente online zu bestellen. Einzugeben ist nur die eigene Postleitzahl und der Grund, warum man nicht selbst kommen kann. Das Präparat wird dann in der Regel noch am gleichen Tag von einer nahe gelegenen Apotheke geliefert.

ik / zm-online



## Ärzte auf der Straße

Warum regen sich Klinikärzte über die Ausweitung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 42 Stunden auf, obwohl sie de facto im Schnitt 60 Stunden pro Woche arbeiten? In einer Protestwoche legten Krankenhausärzte in vielen deutschen Städten Spritzen und Skalpelle nieder und griffen zu Transparenten. Am 3. August 2005 demonstrierten sie auch in der Münchner Innenstadt. Vor Ort hat die BZB-Redaktion im Gespräch mit Betroffenen erfahren, sie befürchteten, ein Anheben der regulären Arbeitszeit um vier Stunden bewirke, dass jede zehnte Arbeitsstelle gestrichen wird. Dies wiederum führe real zu noch mehr Überstunden in den Kliniken. In den meisten Krankenhäusern werden Überstunden nicht bezahlt, sondern können abgefeiert werden – theoretisch. Praktisch fällt jedoch so viel Arbeit an, dass die Mediziner mehr und mehr Überstunden anhäufen. Fast ein Viertel ihrer Arbeitszeit verbringen Klinikärzte nach eigenen Angaben mit Verwaltungsaufgaben. js



## vbw-Präsidium neu gewählt

Die Mitgliederversammlung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) hat Dr. Wolfgang Heubisch, Präsident des Verbands Freier Berufe in Bayern, München, in das

dreizehnköpfige vbw-Präsidium gewählt. Dr. Heubisch war Vizepräsident der Bayerischen Landeszahnärztekammer bis 2002 und ist derzeit deren Referent für Freie Berufe und Mittelstand. *Randolf Rodenstock* wurde für weitere zwei Jahre in seinem Amt als Präsident bestätigt. Rodenstock ist auch Präsident des Verbands der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie und des Bayerischen Unternehmensverbands Metall und Elektro. Die vbw ist die freiwillige, branchenübergreifende Interessenvereinigung der bayerischen Wirtschaft. Die vbw-Mitglieder gehören zu den Wirtschaftsbereichen Industrie, Handwerk, Bauwirtschaft, Groß- und Außenhandel, Einzelhandel, Banken, Versicherungsgewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Freie Berufe und weiteren Dienstleistungsgewerben mit rund 3,3 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. ik / vbw

## Nein zu Bachelor und Master

Drei große bayerische Heilberufekammern – die Berufsvertretungen der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker – lehnen Bachelor- und Masterabschlüsse kategorisch ab und sprachen sich in einer gemeinsamen Presserklärung gegen die Implementierung eines solchen zweistufigen, modularen Studienganges in der ärztlichen, zahnärztlichen oder pharmazeutischen Ausbildung aus.

Die Entstehung eines europäischen Bildungsraumes, Ziel des „Bologna-Prozesses“, sei förderungswürdig, fragwürdig erscheine aber der Versuch, Anpassungsprozesse im Bereich der Hochschul- und Universitätsausbildung für die Heilberufe mit ökonomischen Sachzwängen zu begründen. Der Präsident der Bayerischen Landeszahnärztekammer, *Michael Schwarz*, warnte: „Die Forderung nach kürzeren Ausbildungszeiten läuft Gefahr, die hohe Qualität der Zahnheilkunde in Deutschland, die auch im Ausland anerkannt ist, in Frage zu stellen.“ Das Problem liege heute, so Schwarz, nicht in der mangelnden Qualifikation der Zahnmedizin-Absolventen, sondern in einem Sozialversicherungssystem, das gut ausgebildete Ärzte und Zahnärzte mittlerweile zu Tausenden ins Ausland abwandern lässt, weil dort die Arbeitsbedingungen günstiger sind. ik